



**DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN**

**Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes**

Österreichische Post-AG  
Sponsoring Post

Nr. 99 – September 2016

GZ02Z032719 S  
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

**KHD TÄGLICH AKTUELL IM INTERNET**  
**www.khd.at**  
**Wann kommen Sie uns besuchen?**

Noch immer nutzt nur ein kleiner Teil unserer Bezieher die Möglichkeit, uns im Internet unter [www.khd.at](http://www.khd.at) zu besuchen. Leider! Nur als unser ständiger Gast im INTERNET sind Sie am Laufenden! Nutzen auch Sie diese Möglichkeit und klicken Sie täglich [www.khd.at](http://www.khd.at) an!

**Wir bieten Ihnen:**

Tagesaktuell alle den KHD und auch die KONSENSGRUPPE betreffenden Neuigkeiten. Unter anderem: Pressemitteilungen, Presseberichte über uns, DER KÄRNTNER als PDF-Datei zum Nachlesen und Ausdrucken, viele Details und Bilder über unsere Veranstaltungen.

**Flüchtlingskatastrophe: Schluss mit Schönreden und falscher Humanität**

# Jetzt geht es um unsere Heimat

Von Josef Feldner

**Flüchtlingsobergrenze ist nur ein erster Schritt, Stopp der Massenzuwanderung ist das Ziel. Dazu Forderungen an EU:**

- Großeinsatz im gemeinsamen Kampf zur Beendigung der Kriege im Nahen Osten
- Lückenloser Schutz der EU-Außengrenze mit allen verfügbaren Mitteln
- Neuer „Marshallplan“ mit Milliardenhilfe einer Weltgemeinschaft vor Ort zur Friedenssicherung, zur Flüchtlingsrückführung, zum Wiederaufbau und zur Beseitigung der Fluchtursachen.

**Das sind die Fakten**

- Die Massenzuwanderung ist nicht zu Ende, sie ist nur verlagert von der Westbalkanroute zum Mittelmeer. 272.000 sind heuer bereits in Europa angekommen. Weitere Hunderttausende warten auf Überfahrt, Hunderttausende auf Familiennachzug.
- Unkontrollierte Massenzuwanderung im Vorjahr führte zu erhöhter Kriminalität und Erhöhung des Gefahrenpotentials. 89% der Bürger fühlen sich unsicher. 75% fürchten konkret Terroranschläge.
- Die Kosten sind noch nicht annähernd abzuschätzen. Die Regierung rechnet allein für 2016 mit 2 Milliarden Euro. Das sind 220.000 Euro stündlich! Ein im ORF verbreitetes „Geheimpapier“ schätzt die Kosten bis 2020 sogar auf 12,3 Milliarden.
- Die Integration erweist sich jetzt schon als ungemein schwierig. Laut Finanzminister sind nur 9% in den Arbeitsmarkt integrierbar. 70% der Flüchtlinge haben keine ab-



*Vierbergelauf in Kärnten. Ein uralter christlicher Brauch mit heidnischen Wurzeln. Wir erwarten Respekt der Migranten vor unserem heimischen Brauchtum, unseren christlichen Symbolen und überhaupt vor unserer angestammten Lebensweise. Wir verurteilen schärfstens alle Versuche, Kreuze aus den Klassenzimmern, den Nikolo aus den Kindergärten und neuerdings sogar die Gipfelkreuze von unseren Bergen zu verbannen*

geschlossene Berufsbildung. Das AMS befürchtet, dass auch noch nach 5 Jahren rund die Hälfte der Flüchtlinge arbeitslos sein wird. Eine Integration in unsere Kultur, das heißt deren Akzeptanz durch die Flüchtlinge geht nur schleppend voran.

**Hier hat die Bundesregierung akuten Handlungsbedarf**

- Vorlage der oben genannten Forderungen an die EU ohne Aufschub und mit Nachdruck.
- Nicht Obergrenzen, ein STOPP der Massenzuwanderung muss das Ziel sein.
- Verstärkte Rückführung von Flüchtlingen in Krieg-Anrainerstaaten.
- Drastische Reduzierung der

Grundversorgung und damit Wegfall von Anreiz, Österreich als Flüchtlingsland auszusuchen. ■ Streichung der Grundversorgung zur Gänze bei Arbeitsunwilligkeit und bei Begehung von Straftaten.

**Der KHD ruft zum interkulturellen Dialog auf**

- NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht.
- JA zum offenen Zugehen auf integrierte und integrationsbereite Zuwanderer, geprägt von gegenseitigem Respekt, bei uneingeschränkter Anerkennung unserer Werte und unserer Lebensweise als Bringschuld.



Der wiedergewählte Vorstand v. l.: Dipl.-Ing. FH Christian Kogler, Generalleutnant i.R. Arno Manner, EU-Abg. a.D. Andreas Mölzer, Dr. Josef Feldner, Franz Jordan, Regierungsrat Walter Leitner, RA Dr. Gert Seeber und GR Johann Rebernik.  
Foto: fritzpress/KHD

### Jahreshauptversammlung

# Geschlossenheit als Erfolgsrezept

Josef Feldner einstimmig wiedergewählt

**Der vor 10 Jahren eingeschlagene Weg der Versöhnung und der Verständigung wurde am 2. Juli 2016 bei der Ordentlichen Jahreshauptversammlung von den Delegierten abermals einmütig bekräftigt.**

**Das Erfolgsrezept: Eine seit vielen Jahrzehnten bestehende beispiellose Geschlossenheit in allen Vereinsgremien und strikte Überparteilichkeit.**

**Die aus unterschiedlichen Parteien kommenden KHD-Funktionäre haben in Grundsatzfragen stets Heimatdienst vor Parteiinteressen gestellt.**

#### Josef Feldner seit 44 Jahren an der Spitze des Heimatdienstes

Nach Jahrzehnten der Konfrontation mit der Slowenenführung führte er vor 10 Jahren als Mitglied der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe den Heimatdienst auf den Weg der Versöhnung und der Verständigung.

Feldner nach seiner Wiederwahl zu den Delegierten der Hauptversammlung:

„Ohne die einzigartige, ja beispiellose Geschlossenheit der Funktionäre und Aktivisten des Heimatdienstes im Vorstand, in der Vereinsleitung und in der Hauptversammlung, wäre dieser Erfolgsweg nicht möglich gewesen.“

Alle Stimmberechtigten haben vor 10 Jahren erstmals und seither bei allen weiteren Abstimmungen JA zum Versöhnungsweg des

KHD gesagt und haben diesen Weg – unterstützt von fast 5.000 fördernden Mitgliedern – auch nach außen vertreten.

Dafür kann ich nicht genug danken und bitten, weiterhin als heimatbewusste Interessengemeinschaft so engagiert über unterschiedliche Parteiinteressen hinweg Heimatdienst für ein friedliches, gemeinsames Kärnten zu leisten.“

# Entschießung an die Bundesregierung



Einige der Delegierten zur Hauptversammlung.



Hunderttausende Flüchtlinge strömten im Herbst 2015 unkontrolliert vor allem nach Deutschland und Österreich.



Kindergruppe des deutschsprachigen Kulturvereins Cilli an der Sann. Die Kulturarbeit wird von Slowenien und Österreich nicht annähernd ausreichend unterstützt.



Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer des Abwehrkampfes am Friedhof Klagenfurt-Annabichl.

Die Delegierten zur Ordentlichen Jahreshauptversammlung beschlossen einstimmig eine **ENTSCHLIESSUNG** zu nachstehenden dringlichen Themen:

- **Massenzuwanderung**
- **Situation der deutschen Volksgruppe in Slowenien und**
- **Vorbereitung von Gedenkveranstaltungen „100 Jahre Kärntner Volksabstimmung“ im Gedenkjahr 2020.**

## Nachstehend eine Kurzfassung

### 1. Die Hauptversammlung spricht sich entschieden gegen Massenzuwanderung aus und fordert von der Bundesregierung, an einer restriktiven Flüchtlingspolitik festzuhalten, mit Vorrang für die Interessen unseres Landes.

Die Hauptversammlung fordert, ohne das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen, von der Bundesregierung nachstehend zusammengefasste Grundprinzipien in ihre Flüchtlingspolitik einfließen zu lassen:

- Statt Massenzuwanderung, Direkthilfe in den Kriegs- und Hungergebieten. Dazu bedarf es neben verstärkter Bekämpfung der Kriegsursachen eines neuen „Marshallplans“ der Weltgemeinschaft.
- Asylberechtigte aus Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr in ihre Heimat nach Kriegsende und dort zum Wiederaufbau vorzubereiten.
- Parallel dazu wirksamer Schutz der EU-Außengrenze, Schlepperboote sind bereits am Ablegen zu hindern. Das könnte Zehntausende Menschen vor dem Ertrinkungstod retten.
- Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar. Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

### 2. Die Hauptversammlung fordert, die natürliche Entwicklung der in ihrer Existenz bedrohten deutschen Volksgruppe in Slowenien sicherzustellen.

Mangels auch nur annähernd ausreichender Förderung durch Slowenien und Österreich fungiert der KHD mit bereits mehr als 120.000 Euro Unterstützung seit 2006 als „Nothelfer“. Die Hauptversammlung appelliert an die Bundesregierung, im Einvernehmen mit Slowenien, endlich staatlicherseits die Existenz der deutschen Volksgruppe zu sichern und Slowenien gemäß einer einstimmigen Forderung des Nationalrates zur endlichen offiziellen Anerkennung der deutschen Minderheit sowie zur Realisierung der existenzsichernden „Empfehlungen“ des Europarates zu bewegen.

### 3. Die Hauptversammlung fordert von der Kärntner Landesregierung eine stärkere Einbindung des Heimatdienstes und der Konsensgruppe in die Vorbereitung von Veranstaltungen im Gedenkjahr 2020.

Unter Hinweis auf den historischen öffentlich-rechtlichen Kärntner Heimatdienst, der 1920 mit der proösterreichischen Propaganda vor der Volksabstimmung betraut worden war, richtet die Hauptversammlung an die Kärntner Landesregierung die Forderung, den Kärntner Heimatdienst schon bei der Vorbereitung der Gedenkveranstaltungen 2020 mitbestimmend einzubinden. Bei diesen Gedenkfeiern muss dankbares Erinnern an die Volksabstimmung 1920 bei allen Veranstaltungen zentrales Thema sein, mit Blick in die Zukunft als „Fest der gemeinsamen Heimat Kärnten“.

**Den ungekürzten Text der ENTSCHLIESSUNG entnehmen Sie bitte unserer Internetseite [www.khd.at](http://www.khd.at)**

Jubiläumsjahr 2020: KHD will stärker eingebunden werden

# Zukunftsdenken und Traditionsbewusstsein schließen einander nicht aus!



## Erinnern soll verbinden, nicht trennen

In Verbindung mit der dankbaren Erinnerung an den Kärntner Abwehrkampf, dürfen wir auch stolz bekennen, dass die Kärntner mit ihrem Verzweiflungskampf die Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 erzwungen haben und damit die Landeseinheit im Verbund mit Österreich bewahren konnten.

Diese Erinnerung, ohne Hass, ohne gegen-

Von Josef Feldner

**Der Abwehrkampf ist zu Ende! Das wollen wir an die Spitze stellen! Nicht zu Ende sein darf jedoch die dankbare Erinnerung an die Jahre 1918/20. Die Erinnerung an die Zeit unmittelbar nach dem I. Weltkrieg, als Kärntner über Sprachgrenzen hinweg verzweifelt militärischen Widerstand geleistet haben.**

**Widerstand gegen den gewaltsamen Zugriff des neu entstandenen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) auf unsere Heimat.**

seitige Schuldzuweisungen, steht nicht in Widerspruch mit dem Bemühen der zivilgesellschaftlichen deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe um dauerhafte Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens in Kärnten und darüber hinaus mit unseren Nachbarn.

Im Gegenteil! Mit gemeinsamen Erinnerungsveranstaltungen mit den Nachkommen unserer ehemaligen Gegner, auch grenzüberschreitend mit den slowenischen Traditionsträ-

gern der „Kämpfer um die Nordgrenze“, wollen wir nicht neue Gräben aufreißen, sondern alte Vorurteile, tief sitzendes Misstrauen überwinden und Traumata auflösen. Seit einigen Jahren noch verstärkt mit gemeinsamen Gedenken an alle Opfer zum 10. Oktober.

**In diesem Geist darf unser dankbares Erinnern nicht bloß eine Randnotiz bei den Jubiläumsfeierlichkeiten 2020 sein, sondern muss ein zentrales Thema bilden.**

## Veranstaltungen im Gedenkjahr 2020

# Die Hauptversammlung fordert stärkere Einbindung des Heimatdienstes und der Konsensgruppe in die Vorbereitung

In einer einstimmig gefassten **ENTSCHLIESSUNG** wird darauf hingewiesen, dass der historische öffentlich-rechtliche Kärntner Heimatdienst 1920 offiziell mit der proösterreichischen Organisation der Kärntner Volksabstimmung beauftragt worden war (siehe Bild) und dass der heutige Kärntner Heimatdienst als dessen Traditionsträger in besonderem Maße zur Mitwirkung an Jubiläumsveranstaltungen legitimiert ist.



Es folgt nun ein AUSZUG aus der Entschlie-  
Bung:

## Der Kärntner Heimatdienst ist Traditionsträger der Volksabstimmung 1920

Am 10. März 1920 wurde der öffentlich-

rechtliche Kärntner Heimatdienst von den damaligen Kärntner Landtagsparteien als Nachfolger der „Landesagitationsleitung“ gegründet, mit dem Auftrag, im Vorfeld der Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 den geistigen Kampf um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit im Verbund mit Österreich zu führen.

Der heutige, 1957 wiedergegründete Kärntner Heimatdienst ist als Traditionsträger in besonderem Maße legitimiert, die Erinnerung an das proösterreichische Ergebnis der Volksabstimmung zu wahren.

Diese Erinnerung soll sowohl den Abwehrkampf als Voraussetzung für die Zuerkennung einer Volksabstimmung durch die damaligen Großmächte einzuschließen, als auch die historischen Ereignisse rund um die Volksabstimmung.

Dabei soll jedoch nicht das damalige Gegeneinander, sondern ein Bekenntnis zum Miteinander in den Mittelpunkt gestellt werden.

### Das Miteinander ist auch ein Vermächtnis der Volksabstimmung

Denn schon wenige Tage nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses veröffentlichte die Führungsspitze des Kärntner Heimatdienstes in ihrer Zeitung „Kärntner Landsmannschaft“ den Aufruf:

„Das nächste Ziel heißt: Versöhnung, Verständigung, Frieden“.

In Erfüllung dieses Vermächtnisses gestaltet der KHD bereits seit 10 Jahren das Abstimmungsgedenken einerseits in Dankbarkeit an jene, die die Heimat ungeteilt erhalten haben, andererseits jedoch auch mit Blick in die Zukunft als „Fest der gemeinsamen Heimat Kärnten“, frei von Schuldzuweisungen an die Nachkommen der ehemaligen Gegner und im Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten, die jeweils im Glauben an ihre Heimat gestorben sind.

### Die Hauptversammlung fordert, den Heimatdienst in die Vorbereitung der Gedenkveranstaltungen 2020 einzubinden

Die Hauptversammlung begrüßt die unter der Schirmherrschaft des Landes Kärnten schon jetzt angelaufene Vorbereitungsarbeit für das Jubiläumsjahr 2020 ebenso, wie die verstärkte Einbindung der Jugend, fordert jedoch, dass ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes dankbares Erinnern an die Volksabstimmung 1920 bei allen Veranstaltungen zentrales Thema sein muss.

Dazu fordert die Hauptversammlung, den Kärntner Heimatdienst schon bei der Vorbereitung der Gedenkveranstaltungen 1920 mitbestimmend einzubinden, wie das in den vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen ist.

Unabhängig davon wird der KHD, allenfalls auch gemeinsam mit der Kärntner Konsensgruppe, eigene Gedenkveranstaltungen durchführen.

### Vorankündigung:

### Der Kärntner Heimatdienst 100 Jahre im Dienst des Landes

# Der Heimat im Wort

Zweiteilige Filmdokumentation von Andreas Mölzer wird Ende 2016 erscheinen

**Die Filmdokumentation berichtet über die wechselvolle und phasenweise turbulente Geschichte des Kärntner Heimatdienstes im europaweit einzigartigen Spannungsfeld an der Schnittstelle der drei großen europäischen Völkerfamilien Germanen, Romanen und Slawen. Die Dokumentation will über einen wesentlichen Abschnitt der Kärntner Landesgeschichte informieren, beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über das 20. Jahrhundert als zentralem Zeitabschnitt bis in unsere heutige Zeit.**

**Neben Information, vor allem für die Jugend, will die Filmdokumentation auch zum durchaus auch kontroversen Diskurs anregen, mit dem Ziel, alten Streit mit Blick in die Zukunft überwinden zu helfen.**



### Teil I: Das Ringen um die Landeseinheit



Teil I gibt Einblick in die Vorgeschichte des Kärntner Volkstumskampfes und behandelt sodann die auch für Kärnten dramatischen Auswirkungen des I. Weltkrieges und die ersten Nachkriegsjahre in die die Gründung des Kärntner Heimatdienstes mit der Propagandaschlacht vor der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 fällt.

Sodann behandelt die Doku die unruhigen Zeiten in der I. Republik, um dann auf die Tragödien während des Nationalsozialismus zuzuleiten.

Es wird über Aussiedlung, Verschleppung und Partisanenterror nach Ende des II. Weltkrieges mit abermaligen Gebietsansprüchen Jugoslawiens berichtet und endet mit dem Staatsvertrag 1955.

### Teil II: Von der Konfrontation zum Konsens



Der II. Teil beginnt mit der Wiedergründung des Kärntner Heimatdienstes im Jänner 1957, berichtet über den Ortstafelsturm, die hartnäckige Forderung des KHD nach einer geheimen Minderheitenfeststellung im Kampf des KHD gegen nationale Selbstaufgabe mit dem Eintreten für die deutschen Altösterreicher in Slowenien. Über die Probleme in Kärnten hinausgehend, wird sodann die Aufklärungskampagne des KHD zum EU-Beitritt behandelt. Breit behandelt wird nach anfänglich vergeblichen Versuchen mit Slowenenvertretern ins Gespräch zu kommen bis zum beginnende Dialog mit Ortstafelkompromissvorschlag, Gründung der Kärntner Konsensgruppe, die maßgeblichen Anteil an der Lösung des Ortstafelkonflikts, hat.

Mit dem Zukunftsprogramm des KHD wird die Filmdokumentation abgeschlossen.

Die Deutsche Volksgruppe in Slowenien ist in ihrer Existenz bedroht

# KHD-Hauptversammlung fordert endlich Nägel mit Köpfen

Wortlaut der am 2. Juli einstimmig gefassten ENTSCHEIDUNG

**Das praktizierte friedliche Miteinander in Kärnten legitimiert den KHD auch engagiert für die Existenzsicherung und die natürliche Weiterentwicklung der deutschen Volksgruppe in Slowenien einzutreten.**

## Deutsche sind autochthone Volksgruppe in Slowenien

Die seit vielen Jahrhunderten autochthon auf dem Territorium des heutigen Slowenien siedelnde, durch Mord und Vertreibung auf wenige tausend Personen reduzierte deutsche Volksgruppe, ist in ihrer Existenz bedroht.

Mangels auch nur annähernd ausreichender existenzsichernder Förderung der nach wie vor verfassungsrechtlich nicht anerkannten deutschen Volksgruppe durch Slowenien und Österreich, fungiert der KHD seit Jahren als „Nothelfer“. Dank Unterstützung durch zahlreiche private Förderer und dank eigener Rücklagen konnte der KHD seit 2006 den deutschsprachigen Kulturvereinen bereits mehr als 120.000 Euro an Unterstützung überweisen. Damit konnte der KHD entscheidend zur – vorläufigen – Existenzsicherung beitragen.

## Der KHD tritt seit Jahren als engagierter Sprecher der Volksgruppe auf

Die Delegierten weisen eindringlich auf die von der Hauptversammlung 2015 an Slowenien und Österreich erhobenen, umfassend begründeten Forderungen hin, die mit Nachdruck wiederholt werden.

Daraus die Kernaussagen:

- Die Hauptversammlung erinnert die säumige Bundesregierung an die noch immer nicht erfüllte einstimmige(!) Forderung des Nationalrates aus dem Jahr 2012, „die Re-



Marburg/Maribor die zweitgrößte Stadt Sloweniens, war noch Ende des I. Weltkrieges, ebenso wie die Gottschee, mehrheitlich deutsch besiedelt.

publik Slowenien zur offiziellen Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit zu bewegen“.

- Die Hauptversammlung weist auf die „Empfehlung“ des Europarates 2010 hinsichtlich Anwendung der „Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ hin, wonach „die deutsche Sprache in der slowenischen Rechtsordnung anzuerkennen“ und „den Vereinigungen der Deutschsprachigen angemessene und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen sind.“
- Auf Basis der Forderung des Nationalrates und der Empfehlung des Europarates, ist an die Republik Slowenien zu appellieren, in einer Grundsatzerklärung verfassungsrechtlich u. a. sinngemäß zu verankern:  
Die Republik Slowenien anerkennt die autochthone deutsche Volksgruppe als unverzichtbaren Teil der Kultur und der Geschichte Sloweniens und würdigt deren große Bedeutung als Friedensbrücke zur Festigung einer

sprachen- und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen.

Angesichts dessen und in Erinnerung an das jahrhundertelange friedliche und fruchtbare Zusammenleben von Slowenen und Deutschen; verpflichtet sich die Republik Slowenien, die natürliche Entwicklung der Volksgruppe als im staatlichen Interesse liegend durch verfassungsrechtliche Anerkennung und mit ausreichender finanzieller Förderung sicherzustellen.

## Nothilfe für die Deutschen in Slowenien ist auch weiterhin sichergestellt

Die Hauptversammlung legitimiert die Vereinsführung, die bisherige Unterstützung der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien unvermindert fortzusetzen.

Neben Basisfinanzierung sind im Bereich der Projektförderung vordringlich gemeinsame Kulturveranstaltungen der deutschsprachigen Kulturvereine mit slowenischen Gruppen zum Abbau von historisch bedingten Ängsten und Aversionen zu unterstützen, ganz besonders im Interesse eines friedlichen, der Volksgruppe dienlichen Zusammenlebens.

Abschließend registriert die Hauptversammlung mit Genugtuung ein insgesamt gutes und konfliktfreies Zusammenleben der deutschen Volksgruppe mit dem slowenischen Staatsvolk und bedauert es, wenn dieses gute Klima in der Gottschee durch Vandalenakte gegen Denkmäler und Gedenkstätten der ehemals deutschen Bevölkerung gestört wird.

## AKTUELLES KURZGEFASST

### Kärntner Initiative für die Volksgruppe in Slowenien bei Treffen mit Außenminister Sebastian Kurz

Wie die WOCHE am 22. Juni (siehe Bild oben, Seite 7) berichtete, fand über Initiative von Landesamtsdirektor-Stv. i.R. Karl Ander-

wald Mitte Juni in Villach eine Aussprache mit Außenminister Sebastian Kurz statt, an der auch Kathrin Stainer-Hämmerle und der Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen Marjan Sturm teilnahmen.

Karl Anderwald wies im Gespräch mit Außenminister Kurz darauf hin, dass die Anerkennung der Volksgruppe der deutschsprachigen Altösterreicher in Slowenien seit Jahren

vom Europarat eindringlich, aber bisher erfolglos gefordert werde. Damit wäre vor allem die Verpflichtung verbunden, den Organisationen der Volksgruppe eine angemessene Basisförderung zu geben.

Anderwald wörtlich:

„Der Kampf um das Überleben der Volksgruppe ist in erster Linie finanzieller Natur. Während die etwa gleich starke Volksgruppe



Karl Anderwald,  
Außenminister  
Sebastian Kurz,  
Kathrin Stainer-  
Hämmerle und  
Marjan Sturm v. I.

der Roma in Österreich eine jährliche Subvention von 420.000 Euro erhält, und die Republik Slowenien die Kärntner Slowenen mit 1,5 Millionen jährlich unterstützt, erhält die deutschsprachige Volksgruppe im Rahmen des österreichisch-slowenischen Kulturabkommens von beiden Staaten nur insgesamt ca. 35.000 Euro, die aber nur für Sprachprojekte herangezogen werden dürfen. Die Erhaltung der Infrastruktur mit den Vereinshäusern der in einem Dachverband zusammengeschlossenen insgesamt sechs Organisationen in Marburg, Cilli, Abstell, Gottschee und Laibach hängt daher völlig in der Luft."

Dazu berichtet die WOCHE:

"Gemeinsam mit der Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle und dem Kärntner Slowenen-Vertreter Marjan Sturm geben sie der Forderung nach mehr Mitteln Ausdruck: „400.000 Euro an Unterstützung wäre europäischer Standard."

### Traurige Realität: Statt kräftige Erhöhung, kürzt Slowenien Förderung für die Deutsche Volksgruppe

Vom Obmann des „Deutschsprachigen Kulturverein Cilli an der Sann“, Andrej Ajdic wurde kürzlich unserer Redaktion berichtet:

„Auf drei Anträge an das slowenische Kulturministerium um Förderung der Deutschkurse für unsere Mitglieder und deren Kinder, getrennt nach Deutschkurs für Kinder, Deutschkurs für Erwachsene und „Kindersommerwerkstätte der deutschen Sprache“ hatten wir die Hoffnung, dass wir doch etwas mehr Geld als im Vorjahr von Slowenien er-

halten werden. Doch das Ministerium hat uns nicht mehr, sondern noch weniger Geld als im Vorjahr zugeteilt. Für alle drei Projekte nur 1.650 Euro gegenüber 1.900 Euro im Vorjahr!

Ich bin schwer enttäuscht, vor allem über das, was man uns für den Deutschkurs für Erwachsene zugeteilt hat, nur 450 Euro. Das reicht nicht einmal für eineinhalb Monate.

Von der österreichischen Botschaft haben wir heuer 5000 Euro erhalten, damit decken wir Deutschkurse im Zeitraum von Jänner bis Juni. Für den Zeitraum von Oktober bis Dezember brauchen wir mindestens 2000 Euro um die Deutschkurse für Erwachsene und Kinder fortzusetzen.

Ich habe mich dagegen beim Kulturministerium beschwert. Die Antwort ist noch ausständig."

Es ist höchste Zeit, dass den guten Absichtserklärungen bereits mehrerer slowenischer Staatspräsidenten endlich auch Taten folgen und Nägel mit Köpfen gemacht werden.

### Dem Dialog verpflichtet

So lautet der Titel einer im Mai erschienenen zweisprachigen Broschüre des „Verband der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien“.

**Vorwort von Verbandsobmann Dušan Ludvik Kolnik**

Darin fordert Kolnik von Slowenien die deutsche Volksgruppe mit gleichen Rechten wie andere Volksgruppen anzuerkennen, so wie das in anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens – Kroatien, Bosnien, Serbien und Serbische Republik – schon längst geschehen ist.

Diese Forderung sei umso berechtigter, als die Broschüre beweise, dass „wir da sind und daher unsere Rechte erhalten wollen“.

### Der Obmann des „Gottscheer Altsiedler Vereins“ August Gril, beklagt Übergriffe, die allerdings von der Mehrheit verurteilt werden

In seinem Beitrag verurteilt August Gril ein Anwachsen einer „feindlich gesinnten Atmosphäre seitens der Nationalisten“. So sei erst

kürzlich bei der Vollversammlung ein massiver Übergriff von Nicht-Vereinsmitgliedern erfolgt.

Man habe vorgehabt, so Gril, die Vollversammlung zu sprengen, die aus diesem Grund nicht beschlussfähig gewesen ist. Alle namhaften Vereinsmitglieder seien attackiert worden, sodass Strafanzeige erstattet werden musste. Es sei wohl kein Zufall, dass noch in derselben Woche eine Gedenktafel zu Ehren eines Ehrenmitglieds aus den USA zerstört wurde.

Erfreulich ist jedoch, so berichtet Gril weiter, dass die Mehrheitsbevölkerung in der Gegend darüber entsetzt ist und gemeinsam mit dem Bürgermeister von Töplitz und einigen Gemeinderäten diese Taten verurteilt.

Das sollte die slowenische Regierung zwingen, endlich Maßnahmen zu setzen, andernfalls, so Gril wörtlich, „bin ich fest entschlossen, über die Grenze nach Brüssel und zum internationalen Gerichtshof nach Straßburg zu gehen."

### Kulturverein deutschsprachiger Jugend verurteilt nationalistische Übergriffe auf Angehörige der deutschen Volksgruppe

Dazu stellt der Vereinsvorstand in der Broschüre fest:

„Was die Beschreibung dieser Vorfälle betrifft, müssen wir betonen, dass es zu nationalistischen Überfällen auf deutsche Vereine in Slowenien nicht nur im Gottscheerland kommt, sondern auch in Cilli und Marburg. Im Grunde überall dort, wo sich die Leute öffentlich als Angehörige der deutschen Minderheit in Slowenien deklarieren, Kulturereignisse veranstalten und Ehrenmale aufstellen.

In Slowenien fragen sich politische und sonstige Vertreter des öffentlichen Lebens, wo es denn in Slowenien Deutsche gibt?

All diese Vorfälle sind ein vielsagender Ausdruck dessen, dass sich angesichts solcher Geschehnisse die Menschen, obwohl wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, in der die Rechte der Äußerung der Volkszugehörigkeit per Gesetz und Verfassung gewährleistet sein sollten, immer noch nicht trauen, sich öffentlich als Angehörige der deutschsprachigen Volksgruppe zu bekennen, und folglich auch nicht an öffentlichen Ereignissen teilnehmen.

Ebenso macht es die Furcht einigen unserer Angehörigen, die auch an exponierteren Stellen in Slowenien tätig sind, schwer, in unserer Gemeinschaft aktiv mitzuwirken und somit zu einer besseren Erkennbarkeit beizutragen.

Wir fragen uns, wann auch bei uns die Zeit reif werden wird, dass auch wir deutschsprachigen Vertreter unserer autochthonen Volksgruppe in unserem eigenen Staat ohne Angst stolz unsere Volkszugehörigkeit bekunden werden können?



Kinderwerkstätte der deutschen Sprache im Stadtpark von Cilli.

# Gemeinsames Opfergedenken

Am 20. August 2016 legten die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe Josef Feldner, Marjan Sturm und Reginald Vospernik im gemeinsamen Gedenken an die im I. Weltkrieg, insbesondere bei der Sechsten und Siebenten Isonzoschlacht vor 100 Jahren gefallenen Tausenden Kärntner beider Zungen auf dem Soldatenfriedhof in Log pod Mangartom (Slowenien) einen Kranz nieder.

**Einstige Kontrahenten demonstrierten Gemeinsamkeit auch über ideologische Unterschiede hinweg**

Am gemeinsamen Gedenken nahmen neben den genannten Mitgliedern der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe – Heinz Stritzl und Mediator Stefan Karner waren leider verhindert – auch weitere Funktionäre des Kärntner Heimatdienstes (KHD), des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) und der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen (SKS) teil.

Diese Vereine wurden vertreten von:

**Heimatdienst – KHD:** Obmann Josef Feldner mit seinen Stellvertretern Gert Seeber, Hans Rebernik und Andreas Mölzer sowie Vorstandsmitglied Walter Leitner.

**Zentralverband – ZSO:** Obmann Marjan Sturm mit den Vorstandsmitgliedern Manuel Jug, Peter Wieser, Theodor Domej.

**Gemeinschaft – SKS:** Obmannstellvertreter Reginald Vospernik, Jože Habernik und Miha Antonitsch.

Besonders erfreulich war auch die Teilnahme des Obmannes des „Kulturvereins deutschsprachiger Jugend“ in Slowenien, Christian Lautischer.

Als Sympathisant der Kärntner Konsensgruppe nahm auch der Kammeramtsdirektor der Landarbeiterkammer Rudolf Dörflinger teil.

Mit ihrer Teilnahme am Gemeinsamen Opfergedenken haben Repräsentanten jener Organisationen, die sich jahrzehntelang als Kontrahenten gegenüberstanden sind, ein Bekenntnis zur Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens auch über ideologische und parteipolitische Unterschiede hinweg abgelegt und die Jahre der Konfrontation endgültig überwunden.



Gemeinsames Bekenntnis von Christian Lautischer, Reginald Vospernik, Marjan Sturm, Andreas Mölzer, Josef Feldner, Gert Seeber, Manuel Jug und Walter Leitner (v. l.)

## Marjan Sturm: „Wir müssen aus der Geschichte lernen“

In seiner Gedenkansprache bei der Kranz-

niederlegung am Soldatenfriedhof führte Marjan Sturm aus:

„Gerade in Krisenzeiten wie diesen, wo die Gefahr besteht in vergangene Denkmuster zurückzufallen, ist es wichtig, auf die verheerende Zerstörungskraft von Krieg, Gewalt und Totalitarismus hinzuweisen.“

In den Jahren 1914 bis 1918 haben Kärntner beider Zungen gemeinsam gekämpft, gelitten und den Tod gefunden. Viele der einst im Kampf verbunden gewesenen Kärntner sind nach Kriegsende in den Kämpfen um die neue Grenzziehung zu Feinden geworden.

Die damals entstandene Feindschaft, mit tiefem Misstrauen und Aversionen, mündete in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und seiner weiteres Leid bringenden Nachwirkungen.

Das vieltausendfache gemeinsame Leiden und Sterben muss uns allen Mahnung sein, immer für Frieden, Verständigung und Versöhnung einzutreten.

Die Kärntner Konsensgruppe zog schon vor mehr als 10 Jahren daraus die Lehren und arbeitet seither erfolgreich für Frieden, Versöhnung und Verständigung in Kärnten, aber auch mit unseren Nachbarn im Alpen Adria Raum.“



Die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe v. l.: Reginald Vospernik, Marjan Sturm und Josef Feldner.

# im Zeichen der Versöhnung



Der Soldatenfriedhof in Log pod Mangartom (Ausschnitt) mit christlichen Grabkreuzen und Gedenksteinen der muslimischen Bosnier.

**Josef Feldner: „Kärntner beider Bevölkerungsgruppen sind damals durch die Hölle gegangen. Das muss uns bleibend Mahnung sein“.**

Mit Blick auf die vielen Gräber auf dem Soldatenfriedhof, in denen Männer aus allen Völkern und Sprachgruppen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie – darunter auch muslimische Bosnier – ihre letzte Ruhe fanden, knüpfte Josef Feldner an die Aussagen von Marjan Sturm an:

„Man kann in Worten nicht ausdrücken, welche Qualen die hier Begrabenen vor ihrem Tod erleiden mussten.“

Dem Grauen der weltweiten Kämpfe folgten nur zwei Jahrzehnte später ein neuerlicher mörderischer Weltkrieg, die Untaten des nationalsozialistischen Gewaltregimes, unzählige unkontrollierte Racheaktionen in den ersten Nachkriegsjahren und ein unseliger Volksgruppenstreit in den Jahrzehnten danach.

Mit dem Ortstafelkompromiss und mit der ‚Feierlichen Erklärung‘ vor 10 Jahren fortan für ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu arbeiten, ist hoffentlich dauerhaft eine neue Zeit der Verständigung angebrochen.

Dieses Versprechen wollen wir heute hier vor den Opfern eines sinnlosen Krieges bekräftigen. Wir sind auf dem richtigen, dem einzig richtigen Weg“ betonte Feldner abschließend.

**Reginald Vospernik: „Im gemeinsamen Gedenken liegt eine tiefe verbindende Symbolik**

In Vertretung des verhinderten SKS-Obmannes Bernard Sadovnik führte Reginald Vospernik in seiner Gedenkrede aus:

„Der Alpen-Adria-Raum zählt heute zu den prosperierendsten und friedlichsten Regionen der Welt. Dass dies immer so bleiben möge, folgten heute Mitglieder und Sympathisanten der Kärntner Konsensgruppe im slowenischen Soča-Tal und den das Tal begrenzenden Bergen den Spuren der Isonzofront vor mehr als 100 Jahren in einem der grausamsten Kriege der Weltgeschichte. Im gemeinsamen Gedenken beider Sprach- und Volksgruppen in Kärnten liegt eine tiefe, verbindende Symbolik.“

**Das Museum von Kobarid/Karfreit dokumentiert den Schrecken der Isonzoschlachten**

Im Anschluss an das Gedenken auf dem Soldatenfriedhof zeigte der Besuch des berühmten Museums in Kobarid/Karfreit erschütternd auf, welches unvorstellbares Leid die Isonzoschlachten den Menschen vor 100 Jahren zugefügt haben.

Nach diesen Stunden der traurigen Erinnerung und der eindringlichen Mahnung hatten die Teilnehmer am Opfergedenken noch bei einem gemeinsamen Essen ausreichend Gelegenheit, in lockerer Atmosphäre sich bei einem Erfahrungsaustausch näher kennenzulernen.



Das Museum in Kobarid/Karfreit mit dem Initiator der Reise Marjan Sturm rechts unten.



Eines der zahlreichen Fotos, die die Stationen eines irrsinnigen Stellungkrieges im unwegsamen Gebirge zeigen.

Flüchtlingskatastrophe: Es gibt keine Entwarnung

# Neuer Massenzustrom droht

- 272.000 Migranten sind heuer bereits in Europa angekommen.
- 200.000 von insgesamt 900.000 migrationsbereiten Schwarzafrikanern warten aktuell in Libyen auf die Überfahrt.
- Weitere Zehntausende wollen über Griechenland übers Mittelmeer einreisen.
- Unsicherheitsfaktor: Türkei
- Zwei Drittel der Österreicher sind extrem beunruhigt.

## Auch 2016 ist kein Ende der Flüchtlingskatastrophe abzusehen

Nach Angaben des deutschen Statistischen Bundesamtes sind im Vorjahr 1,14 Millionen Menschen nach Deutschland zugewandert. Ein Höchststand seit Bestehen der Bundesrepublik. Hunderttausende davon sind im Herbst vergangenen Jahres illegal ohne Reisedokumente durch mehrere EU-Staaten hindurch unkontrolliert in einem Massenansturm eingereist.

Geschätzte 500.000(!) halten sich laut einem Bericht des Innenministeriums illegal als „U-Boote“ in Deutschland auf. Ein riesiges Gefahrenpotential!

Mit 89.000 Asylanträgen im vergangenen Jahr gibt es für Österreich, gemessen an der Einwohnerzahl, ähnliche Werte.

Nach weitgehender Schließung der wenn auch noch immer löchrig bleibenden Westbalkanroute Anfang dieses Jahres, sprachen viele bereits von einem Ende der verniedlichend als „Flüchtlingskrise“ bezeichneten Flüchtlingskatastrophe.

## Die Fakten sehen leider anders aus:

**Der Flüchtlingszustrom geht unvermindert weiter. Heuer sind schon 272.000 Migranten in der EU angekommen.**

Der Flüchtlingszustrom konnte auch nach der Sperre der Westbalkanroute nicht eingebremst werden. Er hat sich nur vom Landweg auf den Seeweg übers Mittelmeer verlagert.

Dabei gibt es zwei große Fluchtrouten: Von



Nordafrika nach Italien und aus der Türkei nach Griechenland.

In Nordafrika ist Libyen „dank“ der dort herrschenden chaotischen Zustände zum zentralen Ausgangspunkt der Fluchtroute geworden. 87% aller Schlepperfahrten über das Mittelmeer legen vom Ex-Gaddafi-Land aus ab. Auf Schlauchbooten, Holzbooten und zumeist seeuntauglichen Schiffen. Dabei nehmen die skrupellosen Schlepper den Tod ihrer zu 99% afrikanischen „Passagiere“, denen sie bis zu 1.500 Dollar für die Horrorfahrt abnehmen, durchaus in Kauf.

Es gibt weder libysche Polizei noch Militär, die die verbrecherischen Schlepper am Ablegen hindern würden.

## Die Zahlen:

**105.000 sind 2016 bereits in Italien gelandet. 3.165 sind ertrunken. 200.000 warten noch in Libyen auf die Überfahrt. Weitere Hunderttausende drängen nach.**

3.165 Menschen sind seit Anfang dieses Jahres auf der Überfahrt ertrunken. Weitere Zehntausende Flüchtlinge wurden von der italienischen Küstenwache, der „Guardia Costiera“ auf dem Mittelmeer aufgegriffen und an die italienische Küste gebracht. Ende August wurden an einem einzigen(!) Tag 6.500 aus 19 Holz- und Schlauchbooten gerettet. Tendenz steigend.

Insgesamt befinden sich allein in Libyen

900.000 migrationsbereite, fast ausschließlich schwarzafrikanische Zuwanderer vor allem aus Eritrea, Somalia, Gambia, Nigeria, dem Sudan und Mali. Von denen warten etwa 200.000, die sich das leisten können, auf die Überfahrt. Der Rest hat kein Geld und dennoch nur ein Ziel – die Flucht nach Europa.

## Nahost-Expertin Karin Kneissl warnt vor noch „höherem Zuzug aus Afrika“

In einem „Krone-Livetalk“ bezieht sich Karin Kneissl auf eine aktuelle OECD-Studie. Dieser zufolge will jeder zweite Bürger Nigerias das von ethnischen Konflikten und Korruption gebeutelte Land Richtung Europa verlassen. Bei einer Einwohnerzahl von 181 Millionen



Dieses Schiff ist kurz nach dem ungehinderten Ablegen Ende Mai vor der libyschen Küste gekentert. Zahlreiche Menschen sind dabei ertrunken. 550 Flüchtlinge wurden von einem italienischen Marineschiff gerettet. 500 weitere wurden allein an diesem Tag vor der libyschen Küste von italienischen Schiffen vor dem Ertrinken gerettet.

wären das weitere 90 Millionen, die von einem Leben in Europa zumindest träumen.

Dass Hunderttausende Afrikaner über Libyen, aber auch verstärkt über Ägypten und andere nordafrikanische Staaten auf dem Weg nach Europa sind, sei aber nicht allein mit den Lebensbedingungen in Afrika zu erklären, sagt die renommierte Expertin:

„Da gibt es schon eine starke Sogwirkung aufgrund der Haltung der deutschen Kanzlerin. Sie hat da viel losgetreten.“

Mit den Spannungen in der Türkei müsse auch damit gerechnet werden, dass die Konflikte mit den Kurden auch in europäische Großstädte importiert werden, meint Kneissl, wie erste Zusammenstöße in Wien bereits gezeigt haben.

## Auch Griechenland meldet eine stark ansteigende Fluchtbewegung von der türkischen Küste aus



Flüchtlinge Ende August auf dem Weg in ein überfülltes Lager auf einer griechischen Insel.

Ende August kamen allein an zwei Tagen fast 500 Flüchtlinge an. Die Lage auf den Ägäis-Inseln spitzt sich dementsprechend wieder zu. In den Lagern auf Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios harren aktuell 12.200 Menschen aus, die Aufnahmeeinrichtungen sind aber nur für 7.450 Menschen ausgelegt.

Die Zahlen könnten noch sprunghaft ansteigen, wenn die Türkei ihre Drohung wahr macht und das Flüchtlingsabkommen aufkündigt.

Die EU steht allem hilflos gegenüber. Militäroperation „EUNAVFOR Med“ erweist sich als zahnlos. Wer legt den Verbrechern in Libyen endlich das Handwerk?

## Dem Flüchtlingswahnsinn steht die EU hilflos gegenüber

Die vom EU-Ministerrat 2015 zum militärischen Vorgehen gegen „Menschenschmuggler-Netzwerke“ im Mittelmeer sowie an der Küste Libyens beschlossene Militäroperation „EUNAVFOR Med“ (European Union Naval Force – Mediterranean) hat bis heute keinen



Das Hauptquartier der EU Navel Force in Rom.

nennenswerten Erfolg gebracht. Das obwohl in einem Operationsplan Phase 1 neben dem Einsatz von Schiffen unter italienischer Führung auch U-Boote, Flugzeuge, Helikopter und Drohnen beschlossen worden war.

Statt dem eigentlichen Auftrag gerecht zu werden, die kriminellen Schlepper-Netzwerke wirkungsvoll zu bekämpfen, beschränkte sich „EUNAVFOR Med“ neben der Ankündigung, die libysche Küstenwache und Marine auszubilden, im Wesentlichen auf die wenn auch humanitär notwendige Rettung von Schiffbrüchigen und auf den Weitertransport nach Europa.

Währenddessen nimmt die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer immer größere Ausmaße an. Es sind derzeit täglich Tausende, die vor dem nassen Tod gerettet und nach Italien gebracht werden. Kein aus dem Wasser geretteter Flüchtling und auch kein nach der Überfahrt auf EU-Territorium gelandetes Boot mit Flüchtlingen wird zurückgeschickt. Von Italien geht die Reise weiter. Bevorzugtes Ziel: Deutschland und Österreich.

## Nach wie vor herrschendes Chaos in Libyen und Versagen der EU lassen verbrecherische Schlepper-Netzwerke weiterhin ihr Unwesen treiben

Während Libyen unter der früheren Regierung von Muammar al-Gaddafi in enger Zusammenarbeit mit Europa die Küste streng überwachte und die Flüchtlinge daran hinderte libysches Gebiet zu verlassen, herrscht heute trotz einer seit kurzem von der UNO gestützten, jedoch weitestgehend machtlosen „Einheitsregierung“ mit Sitz in Tripolis ein totales Chaos.

Diese schwache Regierung die noch dazu von einer Gegenregierung in Tobruk bekämpft wird, kann nicht verhindern, dass ein Heer von

schwer kriminellen Schleppern, unterstützt von einander rivalisierenden Milizen auch nach Vertreibung des IS aus der Hafenstadt Sirte weiterhin ungehindert ihr Unwesen treiben und Tausende Menschen in den Tod schicken kann.

Angesichts dieser hochexplosiven Lage, verbunden mit einer humanitären Katastrophe



Die UN-gestützte „Einheitsregierung“ unter Ministerpräsident Fajis Sarradsch hat kaum Rückhalt im Land. Revolutionsbrigaden und der Nationale Übergangsrat in Tobruk versagen ihm die Anerkennung.

größten Ausmaßes und dem militärischen Totalversagen der EU, erhebt sich die Frage, warum Europa nicht endlich auf ein UNO-Mandat zur massiven militärischen Intervention mit breiter weltweiter Unterstützung auf libyschem Territorium drängt, um dem Schlepperunwesen endlich den Garaus zu machen und damit den unkontrollierten Massenzustrom über das Mittelmeer nach Italien einzudämmen.

Auf diese Weise könnte endlich auch wirklich ein großer Teil der EU-Seegrenze geschützt werden.

Es liegt im vitalsten Interesse Europas, den unzähligen Absichtserklärungen endlich Taten folgen zu lassen.

Klarer Auftrag an die im Mai umgebildete Bundesregierung

# Österreichs Interessen haben Vorrang!

Viel zulange segelte Österreichs Bundesregierung unter Werner Faymann im Fahrwasser von Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel. Mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ hat Merkel eine unkontrollierbare Zuwanderungslawine losgetreten, die auch Österreich erfasste und uns im Vorjahr fast 100.000 Neuzuwanderer nahezu ausschließlich aus anderen Kulturkreisen bescherte.

## Angela Merkel öffnete die Schleusen nach Europa

Einzelne warnende Stimmen – auch in der Bundesregierung – schon zu Beginn des Massenzustroms vor einem Jahr wurden überhört.

Merkels „Wir schaffen das“ wurde in der arabischen Welt als Einladung gesehen. „Auf nach Deutschland“ hieß in der Folge die Parole für Hunderttausende aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und aus anderen Moslemstaaten.

Erst mit der Festsetzung einer von Brüssel und Berlin heftig kritisierten Flüchtlingsobergrenze im Februar – noch unter Kanzler Faymann – wurde der gefährlichen Scheunentorpolitik in Österreich eine deutliche Absage erteilt.

Die katastrophalen Folgen dieser Politik der ungeschützten und unkontrollierten Grenze können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Nun ist zügige Schadensbegrenzung angesagt.

## Bevölkerung fordert von der im Mai umgebildeten Koalitionsregierung Zuwanderungsstopp

Einer internationalen Studie zufolge nennen inzwischen 66% der österreichischen Bevölkerung die Massenzuwanderung als größtes Problem, weit vor dem Thema Arbeitslosigkeit. Daraus lässt sich eine Zweidrittelmehrheit der Bürger für einen noch härteren Regierungskurs bis hin zu einem gänzlichen Stopp der Massenzuwanderung ableiten.

Das ist ein klarer Auftrag an die vor wenigen Monaten umgebildete Bundesregierung,



Zu diesem Bild aus Bagdad titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am Höhepunkt der Massenzuwanderung: „Bundeskanzlerin Angela Merkel wird in der arabischen Welt gefeiert – als „mitfühlende Mutter“ und als „Heilige“.

Österreich vor weiteren Flüchtlingswellen wirksam zu schützen.

## Flüchtlingsobergrenze stoppt nicht die Zuwanderungsflut und kann daher nur ein erster Schritt sein

Die im Februar erfolgte Festsetzung einer Obergrenze für 2016 von 37.500 Asylanträgen, löst das Problem nicht, sondern verringert dieses nur. Diese Regelung kann somit nur ein erster Schritt sein, zumal sich die Zuwanderung voraussichtlich auch in den nächsten Jahren in ähnlichem Umfang fortsetzen wird.

Dazu kommt noch, dass es sich bei der Anzahl von 37.500, die übrigens schon in den nächsten Wochen erreicht sein wird, nur um die ordnungsgemäß registrierte Anzahl von Flüchtlingen handelt. Darüber hinaus kommen täglich rund 150 Flüchtlinge illegal über die grüne Grenze nach Österreich, von denen viele sich nicht registrieren lassen, sodass zu den 37.500 auch noch Tausende bei uns als „U-Boote“ lebende Flüchtlinge hinzukommen.

Ohne weitere rigorose EU-weite Gegenmaßnahmen könnte schon in zwei drei Jahren das Heer der Flüchtlinge um weitere 100.000, das ist die Einwohnerzahl Klagenfurts, der sechstgrößten Stadt Österreichs vergrößert werden.

## Größte Herausforderungen 2016

27.675 Befragte in 24 Ländern, Angaben in Prozent  
Länderauswahl

Zuwanderung
 Arbeitslosigkeit
 Terrorismus  
 Korruption
 Gesundheitswesen



Ausschnitt aus der Studie Challenges of Nations von GfK. In Deutschland nennen sogar 83 Prozent der Bürger die Zuwanderung als das größte Problem.

# Welche Position nimmt die Regierung dazu ein? Eine Übersicht

**Neben Bundeskanzler Christian Kern sind vor allem Außenminister Sebastian Kurz, Innenminister Wolfgang Sobotka und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil gefordert.**

## Bundeskanzler Kern fordert „Marshall-Plan“ für Nordafrika

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) tritt grundsätzlich für eine restriktive Flüchtlingspolitik ein und stellt eine bessere Sicherung der EU-Außengrenze mit einem effizienteren Grenzschutz durch Stärkung von FRONTEX – Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen – an die Spitze. Wie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, tritt auch Kern für Hilfe vor Ort mit einem „Marshall-Plan“ für Nordafrika ein, um den Menschen in ihrer Heimat bessere Lebensgrundlagen zu schaffen und damit einen Anreiz zur Auswanderung zu nehmen.



## Außenminister Kurz pragmatisch: „Wir müssen die illegale Migration stoppen“



Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP), der sich inzwischen europaweit einen Namen gemacht hat, legt Wert auf die Feststellung, dass er „von Anfang an gegen jegliches Signal der Einladungs politik gewesen“ sei, dass jedoch andere Regierungskollegen die Lage unterschätzt hätten.

„Wir müssen die illegale Migration stoppen“ betonte Kurz Anfang September in einem KURIER-Interview. Dazu bedürfe es dringend eines gemeinsamen europäischen Grenzschutzes mit Einrichtung einer europäischen Grenz- und Küstenwache. Bulgarien, Griechenland und Italien dürfen nicht allein gelassen werden. Diese Forderung bekräftigt Kurz noch in einem Interview für das deutsche Nachrichtenmagazin FOCUS: „Es wird in Zukunft kein gemeinsames Europa mehr geben, ohne eine gemeinsam geschützte europäische Außengrenze. Europa ist stark und selbstbewusst genug, seine Außengrenzen zu schützen. Gelingt dies, dann braucht es keinen Deal mit der Türkei“.

Als weitere wirksame Maßnahme fordert Kurz, dass Schlepperboote schon vor der libyschen Küste, somit vor der EU-Außengrenze, am Ablegen gehindert werden müssten und bezieht sich dabei auf das australische Modell.

Und Kurz geht noch weiter:

Die Rettung von inzwischen Zehntausenden Menschen aus dem Mittelmeer dürfe nicht länger ein Ticket nach Mitteleuropa sein und es dürfe kein Flüchtling das Recht haben, sich sein Wunschland selbst auszusuchen.

Wer illegal nach Europa reist, muss auf Inseln an der Außengrenze versorgt und dann in Zentren sicherer Drittstaaten zurückgeschickt, jedenfalls „nicht weiter nach Mitteleuropa gewunken werden“.

Kurz fordert schließlich, in einem „Resettlement-Programm“ Flüchtlinge in einem zahlenmäßig zu bewältigendem Umfang legal in die EU zu bringen.

Am 3. September gab Kurz gegenüber dem „Standard“ trotz allem einwenig Grund zur Hoffnung. Die EU-Außengrenze sei zwar noch immer nicht geschützt. Es gäbe aber inzwischen „Signale“, sodass sich die „Katastrophe“ von 2015 nicht wiederholen werde.

Dennoch bleibt die „Situation höchst angespannt“ und „wir sind noch weit entfernt von einer Lösung“, so der Außenminister.

## Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil kritisiert Merkel: „Die Wir-schaffen-das-Politik ist unverantwortlich“

In einem KRONE-Interview fällt Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) ein vernichtendes Urteil über Europas Strategie nach der Flüchtlingskrise im Herbst des Vorjahres:

„Es ist mir rätselhaft, weshalb aus den Vorgängen im Jahr 2015 nicht die richtigen Lehren gezogen worden sind.“

Scharfe Kritik übt Doskozil an der Willkommenspolitik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Ihr erst kürzlich von ihr neuerlich wiederholter Satz „Wir schaffen das“, sei eine Ermunterung für Flüchtlinge weiterhin zu



kommen. Das sei gefährlich, denn „ein Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen“.

Schon im Juni hatte Doskozil die Kritik des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker an Österreich wegen der Forderung, Flüchtlinge außerhalb der EU unterzubringen, scharf zurückgewiesen.

„Unser Ziel ist es, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und die unkontrollierte illegale Migration durch ein geordnetes System der legalen Einreise zu ersetzen“, sagte er gegenüber der KLEINEN ZEITUNG.

## Innenminister Wolfgang Sobotka für weitere Verschärfung im Flüchtlingsbereich

Nach Reformen der Erstaufnahmen, Verschärfung beim Familiennachzug, Einführung von „Asyl auf Zeit“ und geplanter Erlassung einer Notverordnung, kündigte Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP)



Mitte August gegenüber dem KURIER die Absicht an, „Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen bei uns illegal einreisen“ hinkünftig strafrechtlich zu verfolgen.

Auch „bei der Verhinderung der Identitätsfeststellung“ will Sobotka nachschärfen. Es sei „unverständlich, dass Migranten das Handy haben, aber den Pass und die Papiere haben sie verloren.“ Auf diese Weise konnten bisher Zehntausende Migranten ihre wahre Identität verschleiern.

Die SPÖ hält sich hinsichtlich der Pläne des Innenministers noch bedeckt.

Die verschärfte Gangart der Regierung in der Flüchtlingskatastrophe stimmt in weiten Bereichen mit den bereits in mehreren Entschließungen verankerten Vorstellungen des KHD überein.

Es bleibt nur zu hoffen, dass es der Regierung gelingt, sich in diesen Fragen gegenüber der EU durchzusetzen, um eine Fortsetzung der Flüchtlingskatastrophe mit all ihren Negativfolgen für unsere nationale Zukunft hintanzuhalten.

## Flüchtlingskatastrophe

# Was man noch wissen sollte

Die von Politik und einem Großteil der Medien als „Flüchtlingskrise“ verniedlichte Massenzuwanderung nach Europa ist in ihrer ganzen Tragweite für unser Leben noch nicht annähernd abschätzbar und angesichts der Fülle von Problembereichen für den Durchschnittsbürger auch so gut wie nicht mehr überschaubar.

In der Folge soll anhand von Fakten, ohne Panikmache und ohne Pauschalurteilungen, aber mit dem notwendigen Hinweis auf den besonderen Ernst der Situation, versucht werden, unseren Lesern einen Überblick über einige weitere wichtige Themenbereiche zu vermitteln.

## Asyl berechtigt nur zum Aufenthalt auf Zeit. Rückführung in die Heimatländer muss das Ziel sein.

Nur sehr wenige der im Vorjahr nach Österreich zugewanderten rund 100.000 Flüchtlinge sind auch „Flüchtling“ im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese unterscheidet ganz klar zwischen einem „Flüchtling“ als persönlich Verfolgten und einem „Vertriebenen“, der wegen eines gewaltsamen Konflikts sein Land verlassen hat.

Nur ein persönlich Verfolgter gilt somit völkerrechtlich als „Flüchtling“ mit Recht auf Asyl, ein „Vertriebener“ nicht und schon gar nicht jemand – und das ist die Mehrheit – der aus wirtschaftlichen Gründen flüchtet.

Ein Recht auf dauernden, gleichsam lebenslangen Aufenthalt, hat aber auch ein persönlich Verfolgter nicht. Denn nach Wegfall des Asylgrundes – Kriegsende, Regimewechsel – fällt auch das Aufenthaltsrecht weg und einer Rückführung in die Heimat steht nichts mehr im Wege.

Dennoch gewährt Österreich auch allen, die behaupten aus Kriegsgebieten zu kommen, ungeprüft Asyl. Diese leiten sodann daraus ein unbegrenztes Bleiberecht in Österreich ab.

Dem muss gegengesteuert werden.

Allen Asylsuchenden muss bekanntgemacht

werden, dass Asyl nur ein Bleiberecht auf Zeit sei und dass nach Wegfall des Asylgrundes die bei uns Schutzgefundenen die Pflicht haben, zurückzukehren um beim Wiederaufbau ihres Heimatlandes mitzuhelfen. Das müsste auch eine moralische Pflicht für alle, insbesondere für die Zehntausenden bei uns gelandeten jungen Männer sein. Dazu hat kürzlich auch der Dalai Lama gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aufgerufen.

Die Beachtung und notfalls auch Durchsetzung dieser Regeln könnte das Flüchtlingsproblem auf zweierlei Weise minimieren:

Einerseits könnte die Zahl der Flüchtlinge bei uns drastisch reduziert werden und andererseits wäre den derzeitigen Kriegsregionen auf effiziente Weise geholfen.

## Nur ein neuer „Marshallplan“ kann neben EU-Grenzschutz die Flüchtlingsflut nach Europa stoppen. Aber die EU bleibt tatenlos.

Die EU hat bisher in der hochexplosiven Flüchtlingsfrage total versagt. Im Grenzschutz (siehe Seite 11) ebenso wie bei der Hilfe vor Ort.

Ein bereits Anfang des Jahres vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble geforderter „neuer Marshallplan“ zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Wiederauf-



Der deutsche Finanzminister beim Weltwirtschaftsforum in Davos

bau der Krisenländer im Nahen Osten wurde von der EU bis heute nicht aufgegriffen.

Das, obwohl Schäuble seine Forderung beim Weltwirtschaftsforum in Davos präzierte:

„Wir werden Milliarden in Länder außerhalb Europas investieren, um den Druck auf die Außengrenzen zu verringern. Zu lange hat Europa die Augen vor den Konflikten in den Krisenregionen Afrikas oder dem Nahen Osten verschlossen. Was dort schiefeht, das landet nicht in Kanada oder Australien, sondern in Europa. Jetzt gilt es schnell zu handeln. Der Zustrom an Flüchtlingen ist zu hoch.“

Neben Milliardenhilfe aus der EU sind Milliarden vor allem aus den USA, den reichen Golfstaaten und Saudi-Arabien und schließlich auch von den anderen Staaten der UN-Weltgemeinschaft einzufordern

Nichts ist geschehen, auch nichts zur Bekämpfung des Hungers in den afrikanischen Trockenregionen. Es bleibt bei Absichtserklärungen. So ist ein weiteres Anwachsen des Flüchtlingsstroms nach Europa und damit eine Kostenexplosion vorprogrammiert. Kosten, die in den Kriegs- und Hungergebieten besser und auch humaner eingesetzt werden könnten!

## Die Kosten für Flüchtlinge explodieren. „Geheimpapier“ prognostiziert 12,3(!) Milliarden Euro bis 2020.

Wie wir bereits im Juni in unserer Mitgliederzeitung KHD-INTERN unter Bezugnahme auf das deutsche Bundesfinanzministerium berichteten, werden die Kosten in Deutschland zur Finanzierung des Flüchtlingszustroms für den Bund und Länder bis 2020 mit 130 Milliarden Euro hochgerechnet.

Überträgt man das analog auf das nur ein Zehntel der Einwohner Deutschlands umfassende Österreich, so könnten die Flüchtlinge unserem Staat und somit dem Steuerzahler un-



Nur ein kleiner Teil davon sind „echte“ Flüchtlinge. Aber fast alle wollen für immer bleiben.

fassbare 13 Milliarden Euro kosten. Wer um offiziell bestätigte Zahlen hinsichtlich der Gesamtkosten bemüht ist, wird enttäuscht. Eine Aufstellung, die alle damit zusammenhängende Kosten aufschlüsselt gibt es nicht. Ein im Vorjahr im ORF unter Berufung auf „Berechnungen aus Regierungskreisen“ veröffentlichtes „Geheimpapier“, das für die nächsten vier Jahre Kosten von insgesamt 12,3 Milliarden Euro prognostiziert, wurde vom Finanzministerium dementiert.

So bleibt nur die Suche nach Informationen aus anderen Quellen übrig.

Das hat offenkundig auch die KRONENZEITUNG gemacht. In einem Beitrag vom 28. August unter dem Titel „Die wahren Kosten der Asylkrise“ stellt das Blatt drei Zahlen an die Spitze:

**91.537 Euro pro Stunde –  
2,2 Millionen Euro täglich  
802 Millionen im Jahr ...**

... seien allein die Kosten für die Versorgung der 119.000 Migranten, aufgeschlüsselt auf 450 Millionen Euro Grundversorgung für 84.000 Flüchtlinge und 352 Millionen Mindestsicherung für 35.000 anerkannte Asylanten.

Dem widersprechen Experten aus dem Integrationsministerium und Wirtschaftsforscher. Eine Milliarde reicht nicht, sagen sie und rechnen vor:

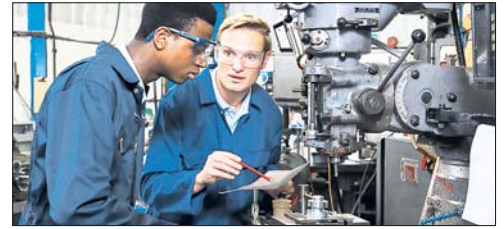
Dazugerechnet werden müsse der enorme Aufwand für die Gesundheitsversorgung von zusätzlich 119.000 Menschen, für die Hunderten Deutschkurse, für die nötige personelle Aufstockung der Polizei, Personalkosten für zusätzliche Beamte bei der Fremdenpolizei, für Grenzeinsätze des Heeres und die noch nicht annähernd abschätzbaren Kosten des Familiennachzugs.

Wenn man das alles berücksichtigt und noch weitere hier nicht aufgezählte Kostenfaktoren dazuzählt, dann erscheinen die im genannten „Geheimpapier“ bis 2020 prognostizierten 12,3 Milliarden keineswegs mehr utopisch.

Auch die Regierung hat längst nachgebessert und rechnet allein in diesem Jahr mit 2 Milliarden Euro „Flüchtlingskosten“ für den Gesamthaushalt. Das geht aus dem über die APA veröffentlichten Stabilitätsprogramm hervor, das im April nach Brüssel geschickt wurde.

Zum Abschluss noch zwei von Tausenden Fällen aus der Praxis:

■ Ein Flüchtling mit Frau und vier Kindern in Wien bezieht vom Staat ein arbeitsloses Ein-



*Flüchtling in einer Lehrwerkstätte. Nur knapp 10% der Asylanten sind in den Arbeitsprozess integrierbar. Die überwältigende Mehrheit bezieht ein arbeitsloses Einkommen.*

kommen von 3.000 Euro monatlich. Als Hausmeister in Salzburg verdiente er 1.900 Euro monatlich. Das war ihm zu wenig.

■ Eine Flüchtlingsfamilie mit zwei Kindern bezieht ebenfalls in Wien ein arbeitsloses Einkommen von 1.709 Euro monatlich plus Familienbeihilfe.

Da darf man sich nicht wundern, wenn ein Mindestrentner nach 40 Arbeitsjahren die Welt nicht mehr versteht.

Die Belastungen für Schulen, Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt werden immer unabsehbarer wie das deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL angesichts der Herausforderungen durch die „Flüchtlingskrise“ befürchtet.

**Nach dem noch nicht überstandenen Massenansturm ist vieles nicht mehr rückgängig zu machen.  
Da gibt es nur eines:**

# Wir müssen die Herausforderungen annehmen



Angela Merkel wurde von den Wählern in Mecklenburg Vorpommern wegen ihrer Flüchtlingspolitik schwer abgestraft.

**Auf die von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgelöste Willkommenseuphorie, die Deutschland mehr als 1 Million und Österreich rund 100.000 Flüchtlinge – großteils unkontrolliert – ins Land brachte, folgte die Ernüchterung. Die Politik, aber auch wir Bürger stehen plötzlich vor Problemen, die lange unterschätzt wurden und die wir schmerzlich zu spüren bekommen werden. Das größte Problem wird jedoch die Integration jener Flüchtlinge bereiten, die auf Dauer im Land bleiben werden. Wie kann das angesichts einer völlig fremden Kultur, Religion und Sprache der Zugewanderten funktionieren? Wird das auch unser Leben verändern? Was können, ja was müssen wir tun?**

**Bei allem berechtigten Unmut: Wir müssen uns um ein konfliktfreies Zusammenleben bemühen, allerdings mit klaren Regeln für die Zuwanderer**

Dazu hat sich der Kärntner Heimatdienst in seinem Vereinsprogramm bekannt.

Wir haben die Flüchtlinge nicht gerufen, aber wir teilen die Sorgen der Kärntner, die eine massive Verschlechterung ihres Lebensstandards und steigende Arbeitslosigkeit mit anwachsenden Sozialkonflikten befürchten.

Wir teilen auch deren Zweifel, ob die Integration heterogener Völkergruppen konfliktfrei möglich ist und ob Sicherheit und Rechts-

staatlichkeit auch in Zukunft gewährleistet sein werden.

**Der KHD bietet interkulturellen Dialog als Beitrag zur Integration an. Unsere Werte sind allerdings nicht verhandelbar.**

Dennoch: Asyl ist ein humanitäres Gebot und der KHD bekennt sich auch dazu. Aber nur unter Beachtung strenger Auflagen und nur unter der Bedingung, dass die Zuwanderer unsere Werte uneingeschränkt respektieren.

Das erstere ist die Pflicht des Staates, das letztere ist eine den Flüchtlingen aufzuerlegende Bringschuld, über die nicht verhandelt

werden darf. Die Gegenleistung des KHD:

Wir sind zum interkulturellen Dialog bereit und rufen dazu die heimische Bevölkerung auf, mit offenem Zugehen auf bereits integrierte oder integrationsbereite Zuwanderer zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht gegen Menschen, die vor dem IS-Terror geflohen sind und Schreckliches erlebt haben, lehnen wir ab. Dafür erwarten wir, dass unsere Politik dem großen Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung trägt, gegen islamistische Tendenzen rigoros auftritt, Nichtbeachtung unserer Gesetze streng ahndet und Straftätern die Grundversorgung streicht und diese bei schwereren Delikten abschiebt.

# Erdogans fünfte Kolonne

Die türkischen Parallelgesellschaften wollen sich nicht integrieren

**Österreich und Deutschland sind in den letzten Wochen unversehens zur Bühne für die türkische Innenpolitik geworden. Nach dem offenbar dilettantischen Militärputsch, den Präsident Erdogan zum Vorwand genommen hat, die Türkei in ein autokratisches System umzubauen, haben auch Österreichs Türken ihr wahres Gesicht gezeigt.**



Massendemonstration von in Österreich lebenden Türken in Wien.

Von Obmann-Stellvertreter EU-Abg. a. D. Andreas Mölzer

## Nach Kritik aus Wien stellt Erdogan Österreich an den Pranger

Ein großer Teil von Österreichs Türken haben nämlich klargelegt, wohin ihre Loyalität gerichtet ist, nämlich auf die Türkei und keineswegs auf ihr neues Heimatland Österreich. Die spontanen und illegalen Pro-Erdogan-Demonstrationen in Wien und anderen Städten, sowie auch in Deutschland, sind das deutlichste Indiz dafür. Die empfindlichen Reaktionen der heimischen Politik darauf waren ihrerseits der Vorwand für die türkischen Machthaber, samt und sonders Helfershelfer von Erdogan, Deutschland und insbesondere Österreich an den Pranger zu stellen: Man sei rassistisch, ja sogar so etwas wie der europäische „Hotspot des Rechtsextremismus“.

Jetzt wird in Österreich darüber diskutiert, was bei der Integration der türkischen Zuwanderer danebengegangen ist.

Nun, statt Integration sind heute zunehmend islamistisch geprägte Parallelgesellschaften unter türkischer Dominanz – durchwegs Erdogan-Anhänger – das prägende Element in dieser Entwicklung. Die Bereitschaft, sich in die österreichische Gesellschaft zu integrieren, österreichische Sitten und Gebräuche anzunehmen und wirkliche Loyalität gegenüber der Republik zu entwickeln, diese Bereitschaft besteht offenbar in nur sehr unterentwickeltem Ausmaß.

Interessant ist, dass die weitgehend laizistisch geprägten Zuwanderer aus der Türkei, die in den 60er, 70er und 80er Jahren nach Europa kamen, nunmehr in der zweiten und dritten Generation, genauso jene Islamisierung

mitgemacht haben, wie sie die Türkei derzeit unter der Erdogan-Partei erlebt.

## Damit aber erweist sich die türkische Zuwanderung als eine Art von Landnahme

Durch diese Landnahme gerät österreichisches oder deutsches Territorium in Europa nach und nach unter türkische Dominanz.

Die Aufnahme weiterer Massen von türkischen Zuwanderern, sei es als verfolgte Oppositionelle gegen das Erdogan-Regime oder im Zuge der Visumsfreigabe nach Europa, würde diesen Prozess der Landnahme durch türkisch-islamische Parallelgesellschaften noch verstärken und beschleunigen. Wer das für Panikmache hält, vergegenwärtige sich die türkisch-osmanische Landnahme in Kleinasien:

Dort war es im Verlauf des Mittelalters auch nicht so, dass da eine seldschukische – von 1040 bis 1194 herrschende türkische Fürstendynastie – oder dann eine osmanische Armee einmarschiert wäre, in deren Folge dann Siedler, Bauern, Bürger und andere türkische Menschen gekommen wären. Nein, es war umgekehrt:

Über Jahrhunderte, über Generationen sikkerten Familienverbände in das ursprünglich byzantinisch beherrschte Kleinasien ein. Zuerst waren ganze Sippen und Stammesgemeinschaften da und erst in deren Folge kamen die seldschukischen und dann die osmanischen Heere, die ein bereits weitgehend türkisch geprägtes Land unter die Herrschaft des Sultans zwangen. Zwar kann man das 21. Jahrhundert nicht mit dem 12. oder 13. Jahrhundert vergleichen, die Mechanismen türkischer

Landnahme sind aber ganz offenbar dieselben. Und die Schwäche unserer zunehmend dekadenten spät-abendländischen Gesellschaft ist wie jene im untergehenden Byzanz des Spätmittelalters.

## Dynamische Völker wie die Türken, zeigen wenig Neigung zur Akzeptanz anderer Kulturen

Nun sind die Türken in demographischer Hinsicht ein überaus dynamisches Volk von etwa .80 Millionen – wenn man die Kurden nicht mizählt etliche Millionen weniger – und davon sind gut 60 Prozent unter 20 Jahre alt.

Istanbul hat offiziell sechs bis sieben Millionen, inoffiziell rund 14 Millionen Einwohner. Wenn da eine Million im Zuge einer Flüchtlingswelle vor den erdoganischen Säuberungen oder im Zuge der Visa-Liberalisierung nach Europa geht, würde das gar nicht sonderlich auffallen.

Derart dynamisch wachsende Völker, wie es die Türken gegenwärtig sind, zeigen aber erfahrungsgemäß wenig Neigung zur Akzeptanz anderer Kulturen. Nicht einmal die braven Gastarbeiter der 60er und 70er Jahre.

Die heute sehr selbstbewussten Türken sind Träger einer postmodernen Art von türkischer Landnahme und der Islamisierung. Natürlich nützt sie Recep Tayyip Erdogan als fünfte Kolonne in den europäischen Ländern, die aufgrund ihrer Stärke längst in der Lage ist, Druck auch auf europäische Regierungen auszuüben. Die jüngsten Pro-Erdogan Demonstrationen in Deutschland und Österreich beweisen dies nur allzu deutlich.

## Türkisches Machtstreben beweist gescheiterte Integration

Eine zunehmend selbstbewusst und fordernd auftretende türkische Parallelgesellschaft strebt also in Deutschland und Österreich, insgesamt in Europa, nach Einfluss, Mitbestimmung, ja sogar nach Macht.

Diese Parallelgesellschaften sind bestens mit ihrem türkischen Herkunftsland vernetzt, werden politisch größtenteils von dort gesteuert. Und sie sind vor allem der schlagende Beweis dafür, dass die europäischen Illusionen von der Integration der muslimischen, insbesondere türkischen Zuwanderer absolut gescheitert ist.

# Aktuelles aus der gemeinnützigen Arbeit des KHD

**Dank einer dem Heimatdienst vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite und Dank der Spendenbereitschaft seiner fördernden Mitglieder, ist es dem KHD seiner gemeinnützigen Aufgabenstellung entsprechend möglich, deutsche Volksgruppen in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie finanziell zu fördern.**

**So konnte der KHD auch heuer wieder den Deutschen Kulturvereinen in Slowenien 15.000 Euro als Basisförderung überweisen.**

**Neben finanzieller Hilfe für deutsche Volksgruppen unterstützt der KHD vor allem Jugendarbeit und verschiedene Kulturprojekte. Nachstehend einige Aktivitäten seit Beginn dieses Jahres:**



*Gedenktafel des Kanaltaler Kulturvereins auf dem Luschariberg im italienischen Grenzgebiet zu Kärnten.*

## KHD wird künftig auch Kulturprojekte des Kanaltaler Kulturvereins fördern

Das wurde kürzlich in Tarvis beim Besuch einer KHD-Delegation im Kulturhaus des 1979 gegründeten „Kanaltaler Kulturverein Kärnten“ vereinbart.

Der Kanaltaler Kulturverein mit Sitz in Klagenfurt ist mit dem gleichnamigen italienischen Kulturverein eng verbunden.

Als eine seiner Hauptaufgaben nennt der Kulturverein die finanzielle wie auch kulturelle Unterstützung der verbliebenen deutschsprachigen Kanaltaler im italienischen Grenzraum zu Kärnten.

Obmann Josef Feldner sagte dem Vorsitzenden des Kulturvereins, Karl-Heinz Moschitz die volle Unterstützung des Heimatdienstes

zur Bewältigung dieser wichtigen Aufgabe zu. Konkret will der Heimatdienst in Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten zur geplanten Erweiterung der Räumlichkeiten im Kulturhaus, zum sehr erfolgreichen Deutschunterricht für Kinder sowie zu gemeinsamen Kulturveranstaltungen mit italienischen und auch slowenischsprachigen Kulturgruppen beitragen.

## Zusammenarbeit mit Deutschen Kulturvereinen in Tschechien vereinbart

Im Juni besuchten Mitglieder des KHD-Vorstands erstmals Vertreter von deutschen Vereinen in Tschechien.

Nach einem ausführlichen Gespräch mit Österreichs Botschafter Alexander Grubmayr in Prag traf sich die KHD-Delegation mit dem Präsidenten der „Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien“, Martin Dzingel sowie mit der Vorsitzenden des 1969 gegründeten „Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik“ im Haus der nationalen Minderheiten in Prag, Irena Novak.

Das erste konkrete Ergebnis dieser Gespräche:



*„Kulturelle Großveranstaltung“ Prag 2015.*

Am 1. Oktober werden zwei Kulturgruppen aus Kärnten als Gäste an der „Kulturellen Großveranstaltung“ von deutschsprachigen tschechischen Vereinen in Prag mitwirken.

Begleitet werden die Kärntner Gastgruppen von Funktionären des KHD und des slowenischen Zentralverbandes.

## Sprachferienaktion für 60 Kinder der deutschsprachigen Minderheit in der Slowakei mit Unterstützung des KHD

2013 konnte der KHD mit einem großzügigen Beitrag zur Sanierung der einzigen deutschen Volksschule in der Slowakei, im kleinen Ort Hopgarten/Chmelnica beitragen.

Heuer ermöglichte der KHD mit einer Spende Sprachferien für 60 deutschsprachige Kinder, die von der kleinen karpatendeutschen Minderheit mit der pensionierten Schuldirektorin Maria Recktenwald an der Spitze initiiert wurden

## KHD ist Sponsor des 2. Kärntner Schüler- und Jugendtheaterfestival



Wie schon im Vorjahr unterstützte der Kärntner Heimatdienst auch heuer wieder das vom Landesschulrat Kärnten veranstaltete Schüler- und Jugendtheaterfestival, das diesmal im prunkvollen Innenhofes des Schlosses Porcia in Spittal stattfand.

In vier Aufführungen präsentierten sich Schülerinnen und Schüler von Kärntner Schulen als professionelle Darsteller, die das zahlreich erschienene Publikum begeistern konnten.

Sieger des diesjährigen Festivals wurde das „Turbotheater“ aus Villach mit dem Stück „Alles nur flüchtig“.

Freihandelsabkommen TTIP steht vor dem AUS!

# Sieg der mündigen Bürger Europas?

Jetzt gilt es, im Kampf für die Verhinderung von TTIP nicht nachzulassen!

Von Obmann-Stellvertreter Gert Seeber



## Die vom KHD in seiner Resolution aufgezählten Gründe gegen TTIP

### ■ Einleitende Klarstellung:

Freihandel kann grundsätzlich sehr positiv und zum Wohl der Bürger wirken. Das beabsichtigte Freihandelsabkommen USA - EU (TTIP) – genauso wie das mit Kanada geplante Freihandelsabkommen CETA – gefährden jedoch mit den bekannt gewordenen Inhalten und Vorgangsweisen unser Gesundheits-, Finanz- und Bildungswesen sowie unsere Sozialstandards und beschneiden massiv unsere demokratischen Bürgerrechte.

### Mit dem Freihandelsabkommen drohen:

- Die Diktatur der globalen Konzerne über nationale Regierungen hinweg mit direkten, irreversiblen Zugriffen internationaler Wirtschaftskolosse auf unsere Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung und andere wichtige Lebensbereiche
- die uneingeschränkte Zulassung von Genmais, Senkung von Standards bei Lebensmitteln und Verkauf von Saatgut, das unsere Bauern zu Lohnsklaven der Chemie-Konzerne machen würde.
- die EU-Zulassung von Klonfleisch (seit 2008 in den USA erlaubt) gestattet legal die Desinfizierung von geschlachteten Hühnern in einer Chlorlauge, womit minderwertiges Fleisch in unsere Nahrungskette käme.

Neben unzähligen weiteren Organisationen und vielen Massenmedien mit dem offen bekundeten Protest eines Millionenheeres von EU-Bürgern im Rücken, richtete auch der KHD im Sommer 2014 eine spontan von einer großen Zahl von Sympathisanten unterstützte Protestresolution an die Bundesregierung. Der massive europaweite Protest hat inzwischen ein breites Umdenken bei vielen politischen Machthabern erzwungen. Immer mehr Regierungen wenden sich von TTIP ab. Noch wollen EU-Kommission (mit EU-Kommissar Hahn, der für die Interessen der österreichischen Bürger und nicht für die der Großkonzerne eintreten sollte?) und Deutschlands starrsinnige, schwer angezeählte Kanzlerin Merkel weiterverhandeln – hoffentlich erfolglos!

- Privatisierung der Krankenanstalten, mit horrenden Kosten für die Patienten.
- die Aushebelung von hart erkämpften Arbeitnehmerrechten zugunsten von Konzerninteressen, und sogar Eingriffe in die Religionsfreiheit (z. B.: Streichung von Feiertagen!)
- Konzernklagen gegen einzelne Staaten bei (meist) geheimen Schiedsgerichten wo Konzerne entgangene Gewinne in Milliardenhöhe (oft erfolgreich) einklagen werden können. Gewissenlose Konzernvorstände wären damit mächtiger als alle staatlichen Institutionen einer Demokratie!
- Zusammenfassend stellte der KHD fest: Sollte TTIP zustande kommen, würde das wohl eine unumkehrbare Abschaffung von durch Jahrzehnte und Jahrhunderte erkämpften demokratischen Bürgerrechten bedeuten.

## Nun sagt auch die Bundesregierung NEIN

Im August 2016 begann die ursprünglich übermächtig scheinende TTIP-Befürworterfront immer schneller zu bröckeln. Nach massiven Bürgerprotesten in den USA haben sich beide US-Präsidentschaftskandidaten Clinton und Trump im Wahlkampf öffentlich von TTIP abgewendet. Ende August beurteilte der deutsche SPD-Chef Sigmar Gabriel die Verhandlungen mit den USA als gescheitert. Wenige Tage später zog Frankreichs Präsident Francois Hollande nach.

Auch in Österreich wurde auf diese Meldungen aus dem Ausland und auf die jahre-

langen, innerösterreichischen TTIP-Proteste und Kritiken reagiert. Medial mit großer Zähigkeit von der „Krone“ und politisch von der größten Oppositionspartei FPÖ und nun auch von der Bundesregierung.

Der hartnäckig TTIP-freundliche ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner ruderte mit der Forderung nach einen Verhandlungsstopp zurück, will allerdings einen Neustart der Verhandlungen nach den US-Präsidentenwahlen. Weniger zurückhaltend reagierte SPÖ-Kanzler Christian Kern am 31. August gegenüber der Presse: „Unter dem Deckmantel des freien Handels kommt es zu einer massiven Machtverschiebung zugunsten globaler Konzerne. Und das zulasten der demokratischen Mitbestimmung und der Nationalstaaten. Umweltstandards, Sozialstandards, aber auch unsere Wirtschaft und Beschäftigung würden dadurch unter Druck geraten.“

Wenn es Neuverhandlungen überhaupt geben sollte, dann dürfen diese nur auf Augenhöhe mit den USA und vor allem nur transparent und nicht geheim geführt werden. Am Ende muss in Österreich eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Mit vereinten Kräften muss es gelingen, diesen bürgerfeindlichen nach Allmacht strebenden Plänen der globalen Konzerne einen Riegel vorzuschieben. An die Schlachtrufe der französischen Revolution sei erinnert: „Gleichheit“ und „Freiheit“ zugunsten der Bürger Europas!

**Bleibt nur zu hoffen, dass auch Hintertüren zur Neuverhandlung über die alten gefährlichen Negativpositionen eines Freihandelsabkommens geschlossen bleiben.**

**Wachsamkeit ist jedenfalls angebracht!**

# Bitte um Ihren freiwilligen Beitrag zur Stärkung unserer gemeinnützigen Arbeit

Überparteilich und gemeinnützig. Dieser Aufgabenstellung entsprechend unterstützt der KHD seit Jahren auf vielfältige Weise Projekte unterstützungswürdiger Vereine und Gruppierungen. Traditionsbewusstsein und Zukunftsorientierung sind für uns kein Widerspruch.

## Tätigkeitsbericht mit Beispielen aus unserer Unterstützungsarbeit

Eine Auswahl aus der Zeit vom September 2015 bis August 2016

### Kultur- und Informationsveranstaltungen, Opfergedenken, eine kleine Auswahl



Treffen der Kulturen in Laibach (oben); Gedenken an den großen Abwehrkämpfer Hans Steinacher in Völkermarkt (unten).



Gemeinsames Gedenken an alle Opfer des Abwehrkampfes (oben); Mitglieder der Konsensgruppe gedenken der Kärntner Opfer des I. Weltkrieges (unten).



Sloweniens Ex-Ministerpräsident Janša sprach bei Info-Veranstaltung der Plattform Kärnten und des KHD (oben); Info-Veranstaltung über die Deutsche Volksgruppe in Slowenien (unten).



### Öffentlichkeitsarbeit – Unsere Zeitungen



### KHD fördert deutsche Volksgruppe in Slowenien, Italien und Slowakei



Obmann Feldner überreicht den deutschen Kulturvereinen in Slowenien 15.000 Euro Basissubvention. Seit 2006 hat der KHD bereits 120.000 Euro überwiesen. Der KHD unterstützt auch Projekte der kleinen deutschen Volksgruppe in der Slowakei (siehe Seite 17), und die deutschen Kanaltaler in Italien. (Gedenktafel des Kulturvereins siehe Bild rechts).



### Bezahlte Einschaltungen und zahlreiche Pressemitteilungen



### Jugendförderung, Unterstützung von Schulprojekten



Der KHD spendete auch heuer wieder einen namhaften Betrag für das Kärntner Schüler- und Jugendtheaterfestival.



Die Landessieger des „Europa.Quiz“ lud der KHD zum Besuch des Europaparlaments in Straßburg ein.

## Liebe Förderer des KHD, nur DANK IHRER HILFE

und dank einer uns vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite sind wir in der Lage, unsere Öffentlichkeitsarbeit für Versöhnung und Verständigung sowie gemeinnützige Projekte zu finanzieren. Da unsere Mittel aber nicht unerschöpflich sind, bitten wir Sie, unsere Arbeit im Dienste der Allgemeinheit im Rahmen Ihrer Möglichkeiten weiterhin mit einem freiwilligen Beitrag zu unterstützen

**Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN,**

die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung ihres freiwilligen Beitrags unsere Arbeit ermöglicht haben!

## DOKUMENTATION in Vorbereitung

# 10 Jahre Kärntner Konsensgruppe im Spiegel der Presse



Nach fast einem halben Jahrhundert Konfrontation zwischen Heimatdienst und Slowenenverbänden an der Grenze zum kommunistischen Jugoslawien, das trotz Staatsvertrag massives Interesse an einem slowenischen Kärnten zeigte, war nach der Eigenstaatlichkeit Sloweniens der Weg frei für ein Klima des gegenseitigen Vertrauens. „Du Nazi, du Tito“ (siehe nebenstehende Bilder) war eine weit verbreitete Parole.

## Der Ortstafelkonsens war die Initialzündung

Wie nach dem Ortstafelkonsens mit den Slowenenverbänden im Mai 2005 ein Weg der Verständigung unter der Bezeichnung „Kärntner Konsensgruppe“ eingeschlagen werden konnte, welche Schwierigkeiten, welch tiefes Misstrauen und historisch gewachsene Aversionen zu überwunden gewesen sind, bis endlich das übrige Österreich und bald darauf auch das Ausland auf eine beispielgebende Zusammenarbeit von einst in Konfrontation gestandenen Gruppierungen aufmerksam geworden sind, soll anhand von weitgehend unkommentierten Presseberichten aufgezeigt werden.

Eine kleine Auswahl aus Hunderten Presseberichten soll das Interesse auf Lektüre der in einigen Monaten erscheinenden Doku wecken.



Verratsvorwurf, weil Feldner an einer Kompromisslösung festhielt.



Mit dem Ortstafelkonsens war der erste Schritt getan. Erstmals Bewegung an einer festgefahrenen Front im Mai 2005.



Oktober 2006: Feierliches Versprechen, Versöhnungsweg fortzusetzen.



Erste Ortstafeln werden in Windisch Bleiberg bald nach dem Konsens aufgestellt. Die Kärntner Tagespresse berichtet auf ihren Titelseiten.



Zahlreiche Pressemeldungen aus Anlass der Verleihung des Europäischen Bürgerpreises an die Kärntner Konsensgruppe.

Im August 2011 war es dann endlich soweit. Auf der Basis des Konsensvorschlags der Kärntner Konsensgruppe wurde mit einem neuen Ortstafelgesetz der imageschädigend gewesene Ortstafelstreit beendet. Die Konsensgruppe war der Eisbrecher!

Die auf dieser Seite erfolgte Zusammenstellung von Presseberichten stellt nur einen ganz kleinen Teil aus einem breit gefächerten Presseangebot dar. Die DOKUMENTATION „Die Kärntner Konsensgruppe im Spiegel der Presse“ soll diesen Abschnitt der jüngsten Kärntner Geschichte einer breiten Kärntner Öffentlichkeit auf spannende Weise in Erinnerung rufen.

**Kärntner Heimatdienst.** Obmann: Dr. Josef Feldner. Büro und Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8. Telefon 0463/54002, Fax 0463/540029, Internet: www.khd.at, E-Mail: office@khd.at. Layout und Umbruch: type&sign Graphikagentur GmbH. Bankverbindungen: Raiffeisen-Landesbank Kärnten Kto.Nr. 1003250 (BLZ 39.000). IBAN: AT 66 3900 0000 01003250. BIC: RZKAT27K. Deutsche Postbank: Kto.-Nr. 0 120 848 806 (BLZ 700 100 80), IBAN: DE 97 700 1 080120 848806, BIC: BPBKDE33. Fotos: KHD-Archiv und fritzpress sofern nicht anders gekennzeichnet.